



→ **Prof. Dr. Dr. Karl Lauterbach**

6. DEUTSCHER ZAHNÄRZTE
UNTERNEHMERTAG
BERLIN 31. OKTOBER UND 1. NOVEMBER 2003

Die Qual der Wahl?

Ich bin unter den Leistungserbringern nicht besonders beliebt, weil ich gelegentlich argumentiert habe: In unserem Gesundheitssystem wird ein Mercedes bezahlt und ein Golf ausgeliefert. Zahnmedizin jedoch charakterisiert, dass ein Mercedes bezahlt und auch ein Mercedes ausgeliefert wird. In dem berühmten Gutachten zur Über-, Unter- und Fehlversorgung hatten wir keinen Ansatz für eine Qualitätskritik an der deutschen Zahnmedizin. Die Zahnmedizin hat in den letzten Jahren in Deutschland einiges erreicht. Die Prävention ist hier nur ein Punkt. Das Preis-Leistungs-Verhältnis ist aus meiner Sicht mehr im Einklang als bei der allgemeinen Versorgung.

Wie viel demographische Herausforderung können wir erwarten und wie können die sozialen Sicherungssysteme, also das Renten-, Kranken- und Pflegeversicherungssystem damit umgehen? Es gibt zwei Regeln: die 50er-Regel und die 40er-Regel. Die 50er-Regel besagt: im Jahr 2050 werden 50 % der Bevölkerung älter als 50 Jahre sein. Das ist das höchste Durchschnittsalter aller europäischen Staaten. Die 40er-Regel besagt Folgendes: Derzeit kommen auf 120 bis 60-Jährige 40 ab 60-Jährige. Im Jahr 2040 werden es 40 mehr sein, nämlich 80. Das heißt, uns erwartet eine Verdopplung des so genannten Altenquotienten. Das ist die schnellste Alterung eines europäischen Staates überhaupt. Im Moment werden weniger Menschen Rentner, als natürlicherweise Rentner geworden wären. Das liegt am Geburtenknick als Folge des 2. Weltkrieges. Zum Zweiten haben wir den so genannten Pillenknick, denn seit 1970 wurden 10 Millionen Kinder nicht geboren, die hätten geboren werden müssen, damit der Staat in der Altersstruktur und dem Altenquotient hätte stabil bleiben können. D.h., ab 2010 setzt die demographische Alterung mit einer rasenden Geschwindigkeit ein. Denn es fehlen die Kinder, die seit 1970 nicht geboren worden sind, um den Erhalt der sozialen Sicherungssysteme zu gewährleisten. Bei den Rechnungen mit der 50er- und 40er-Regel ist die Zuwanderung schon berücksichtigt worden.

Die Regeln gehen von einer Nettozuwanderung von 200.000 Menschen pro Jahr aus, die wir im vergangenen Jahr beispielsweise nicht erreichten. Das Rentensystem ist von den sozialen Sicherungssystemen am stärksten betroffen. Der Hintergrund: wenn jemand Rentner wird, ist er nicht erstmalig Empfänger von Krankenversicherungsleistungen. Die bekam er schon vorher. Er zahlt aber auch weiterhin ein. Die durchschnittliche Pflegedauer beträgt anderthalb Jahre. Wenn die Menschen älter werden, beginnt die Pflegebedürftigkeit später, verlängert sich aber nicht. Damit ist das RV-System besonders stark betroffen.

Folgende Probleme hat das Rentensystem:

- A) Wie kommt genug Geld in das System?
- B) Wenn genug Geld zur Verfügung steht – wie soll es gerecht von Generation zu Generation verteilt werden? Und zwar so, dass Generationen ungefähr so viel von dem System profitieren, wie sie auch eingezahlt haben.
- C) Wie ist es zu schaffen, unter diesen Umständen noch Wachstum zu organisieren, in einer Gesellschaft, die älter wird und schrumpft? Eine schrumpfende Gesellschaft muss mehr leisten. 1/3 des Wachstums verschwindet schon demographiebedingt.

Die Wachstumsquoten der letzten zehn Jahre waren nicht schmeichelhaft. Um diese dennoch halten zu können, müssen wir mehr leisten. Daraus ergibt sich die Frage, ob es in Zukunft möglich sein wird, die Massenarbeitslosigkeit über Wachstum zu beherrschen? Die Antwort ist ein klares NEIN! Denn das Wachstum, welches wir brauchen, um den ersten neuen Arbeitsplatz zu schaffen, erreichen wir jetzt schon nicht. Dazu bräuchten wir ein Wachstum von mindestens 2 %. Aber diese 2 % in einer schrumpfenden Gesellschaft zu erreichen, wird von Jahr zu Jahr schwieriger. Wenn wir kein Wachstum haben, bedeutet das Arbeitsplatzabbau. Letztendlich bedeutet das: Wir werden mehr Wachstum benötigen, als wir realistisch erreichen können. Dafür ist die Politik der AGENDA 2010. Der Grundgedanke ist die Schaffung von Arbeitsplätzen bei dem Wachstum, das wir leisten können. Wir haben 20 Jahre lang versucht, über Wachstum Arbeitsplätze zu schaffen, aber unsere Wachstumsschwelle ist dafür zu hoch. Davon hat sich die Bundesregierung korrekterweise verabschiedet. In diesem Punkt bin ich auch uningeschränkter Befürworter des Regierungskurses.

Das sind die Fragen, die zu lösen sind:

- Sollen wir die demographische Herausforderung meistern, indem wir mehr Kapitaldeckung in die sozialen Sicherungssysteme bringen?